

Wilhelm II. (Deutsches Reich)

Wilhelm II. Wilhelm II., mit vollem Namen Friedrich Wilhelm Viktor Albert von Preußen, (* 27. Januar 1859 in Berlin; † 4. Juni 1941 in Doorn, Niederlande), Sohn Kaiser Friedrichs III., entstammte der Dynastie der Hohenzollern und war von 1888 bis 1918 Deutscher Kaiser und König von Preußen.



Einleitung

Die dreißigjährige Regentschaft Wilhelms II. im Deutschen Reich (von 1888 bis 1918) wird als die wilhelminische Epoche bezeichnet. Wesentliches Merkmal war das Streben des Kaisers, das Reich als wichtige politische Größe unter den bestehenden Weltmächten zu etablieren. Als Deutscher Kaiser sah er seine Aufgabe darin, allzeit Mehrer des Deutschen Reichs zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiet nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung, wie sein Großvater Wilhelm I. formuliert hatte. Wilhelm II. legte viel Wert auf internationales Prestige. Eng verbunden mit diesem Anspruch war die militärische Aufrüstung des Kaiserreichs sowie die Forcierung der Kolonialpolitik in Afrika und der Südsee. Dies und die Verwicklung des Deutschen Reichs in verschiedene internationale Krisen (zum Beispiel Krügerdepesche 1896, Doggerbank-Zwischenfall 1904, Marokkokrisen 1905/06 und 1911, Daily-Telegraph-Affäre 1908) führte zu einer Destabilisierung der Außenpolitik.



Die Vorliebe Wilhelms für militärischen Prunk, die sich beispielsweise in zahlreichen Paraden zu den unterschiedlichsten Anlässen ausdrückte, führte auch gesellschaftlich zu einer Überbetonung des Militärs und der militärischen Hierarchie bis hinein ins zivile Leben der deutschen Gesellschaft, in der für eine berufliche Laufbahn – nicht nur im Verwaltungsapparat – die Ableistung des Militärdienstes und der militärische Rang eines Menschen von entscheidender Bedeutung war (Militarismus): Einen Rang als Reserveoffizier innezuhaben, galt im wilhelminischen Bürgertum als Entrebillet in die gehobene bzw. privilegierte Gesellschaft, ebenso wie das Fehlen eines militärischen Ranges ein einschlägiges Karrierehindernis darstellte.

Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands während Wilhelms Regentschaft, verbunden mit technologischem, naturwissenschaftlichem und industriellem Fortschritt, begünstigte eine auch vom Kaiser

mit getragene allgemein verbreitete Technik- und Fortschrittsgläubigkeit. Innenpolitisch setzte er die für ihre Zeit als modern und fortschrittlich geltende Sozialpolitik Bismarcks fort und erweiterte sie. Er setzte sich für die Abschaffung des Sozialistengesetzes ein und suchte, teilweise erfolglos, den Ausgleich zwischen ethnischen und politischen Minderheiten.

Wilhelm II. wollte sowohl die Innen- als auch Außenpolitik des Reiches wesentlich stärker als sein Großvater Wilhelm I. beeinflussen. Das „persönliche Regiment“ des Kaisers war jedoch oft eine von häufig wechselnden Beratern gesteuerte Politik, die die Entscheidungen Wilhelms im Urteil der meisten Historiker oft widersprüchlich und letztlich unberechenbar erscheinen ließen. Die Marokkokrisen oder die Erklärung des unbeschränkten U-Boot-Krieges sind nur zwei Beispiele für Entscheidungen, die den Ruf des Kaisers heute nachhaltig belasten.

Auch war seine Amtszeit von politischen Machtkämpfen zwischen den einzelnen Parteien geprägt, die es den amtierenden Kanzlern nur schwer möglich machten, längerfristig im Amt zu bleiben. So wurden im Kampf zwischen dem sog. Nationalliberal-Konservativen Kartell, Bülow-Block und Sozialdemokraten fünf von sieben Kanzlern unter kritischem Mitwirken des Parlaments vom Kaiser entlassen.

Während des Ersten Weltkriegs von 1914 bis 1918 wurde Wilhelms strategische und taktische Unfähigkeit offenbar. Ab 1916 enthielt er sich zunehmend relevanter politischer Entscheidungen und gab die Führung des Reiches faktisch in die Hände der Obersten Heeresleitung, namentlich in die der Generäle von Hindenburg und Ludendorff, die die Monarchie während der letzten Kriegsjahre mit starken Zügen einer Militärdiktatur versahen. Als Wilhelm II. sich nach Ende des „großen Kriegs“ in Folge der Novemberrevolution, die zum Ende der Monarchie und zur Ausrufung der Weimarer Republik führte, zur Abdankung drängen ließ und nach Holland ins Exil ging, hatte das deutsche Kaiserreich den Krieg verloren. Etwa 10 Millionen Menschen waren auf den Schlachtfeldern gefallen.

Kindheit und Jugend

Wilhelm II. wurde am 27. Januar 1859 in Berlin als ältester Sohn des Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen (1831–1888) (vom 9. März bis 15. Juni 1888 Deutscher Kaiser Friedrich III.) und dessen Frau Victoria (1840–1901) geboren und war somit Enkel Kaiser Wilhelms I. (1797–1888) und der englischen Königin Victoria (1819–1901).



Wilhelm II. mit seinem Vater auf Schloss Balmoral (1863) Die Geburt Wilhelm des Zweiten war ausgesprochen schwierig, der Prinz kam als Steißgeburt zur Welt und überlebte nur durch das couragierte Eingreifen einer Hebamme, die das leblose Baby ganz gegen das Protokoll mit einem nassen Handtuch schlug. Während der Geburt war wohl stark am linken Arm des Kindes gezogen worden, so dass es zu einer linksseitigen Amplexus-Lähmung (Schädigung des Nervengeflechts, das den Arm versorgt, am Hals) kam. Einige Tage nach Geburt bemerkte man, dass das Kind den linken Arm nicht bewegen konnte. Der linke Arm blieb in seiner Entwicklung deutlich zurück und war im Erwachsenenalter deutlich kürzer als der rechte und nur eingeschränkt beweglich. 101 Salutschüsse verkündeten das freudige Ereignis, eine jubelnde Menschenmenge versammelte sich vor dem Kronprinzenpalais, die Thronfolge im Hause Hohenzollern war gesichert. Keinen gesunden Thronfolger geboren zu haben, empfand Prinzessin Victoria als persönliches Versagen und war nur schwer bereit, die Behinderung des Sohnes zu akzeptieren. Kronprinz Wilhelm erlebte eine Kindheit voll Torturen, nichts blieb unversucht, seine Behinderung zu beheben. Legendar sind Kuren wie das Einnähen des kranken Armes in ein frisch geschlachtetes Kaninchen

oder Metallgerüste, die Wilhelm umgeschnallt wurden, um seine Haltung zu verbessern. Auf Fotografien versuchte man die körperliche Behinderung dadurch zu kaschieren, dass der linke Arm auf einen Säbel gestützt wurde oder in einem Uniformärmel versteckt wurde.

Wilhelm, von Geburt an durch diesen verkümmerten Arm behindert, verbrachte laut eigenen Aussagen „eine recht unglückliche Kindheit“. Wie im Hochadel üblich, traten seine Eltern als unmittelbare Erzieher ganz hinter seinem calvinistischen Lehrer Georg Ernst Hinzpeter zurück. Als Siebenjähriger erlebte er den Sieg über Österreich-Ungarn 1866 mit der daraus resultierenden Vorherrschaft Preußens in Deutschland. Mit zehn Jahren, im damals üblichen Kadettenalter, trat er beim 1. Garde-Regiment zu Fuß formell als Leutnant in die preußische Armee ein. Als Zwölfjähriger wurde er mit der Gründung des Deutschen Kaiserreiches nach dem Sieg über Frankreich 1871 auch übernächster Anwärter auf den deutschen Kaiserthron.

Nach dem Abitur am Friedrichsgymnasium in Kassel trat er am 9. Februar 1877 seinen realen Militärdienst bei seinem Regiment (6.Kompagnie, Hauptmann v. Petersdorff) an. 1880 wurde er am 22. März, dem Geburtstag seines Großvaters Kaiser Wilhelm I., zum Hauptmann befördert. Bereits in diesen Jahren bildete sich bei ihm ein Verständnis seiner monarchischen Rolle, das den liberal-konstitutionellen Vorstellungen seiner Eltern zuwiderlief.

Wilhelm II. im Couleur des Corps Borussia BonnSeine folgenden Lebensstationen sind unter dem Aspekt einer Erziehung zum Monarchen zu sehen: Er sollte möglichst vielerlei Erfahrungen sammeln, erhielt aber in keinem Feld, nicht einmal im militärischen, die Chance, sich beruflich solide einzuarbeiten.

Zum Studium begab er sich an die von seinem Urgroßvater gegründete Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, wo er nichtschlagendes Mitglied des Corps Borussia wurde.

1881 heiratete er Prinzessin Auguste Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg (22. Oktober 1858–11. April 1921).

Bis 1888 war er dann wechselnden Regimentern zugeordnet, dem 1. Garde-Regiment zu Fuß, dann dem Garde-Husaren-Regiment und dem 1. Garde-Feldartillerie-Regiment, wurde schnell bis zum untersten Generalsrang (Generalmajor) befördert und zuletzt Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Brigade. Der Militärdienst wurde immer wieder durch Beurlaubungen unterbrochen, damit er sich auch soweit möglich mit der zivilen Verwaltung vertraut machen konnte. Sehr gründlich konnte dies nicht geschehen, denn immer mehr Eile war geboten: Sein Großvater stand im höchsten Alter, und sein Vater war mittlerweile todkrank.



Für die Regierungsgeschäfte war dies weniger problematisch, als man vermuten konnte, da bereits seit 1862 Otto von Bismarck, zunächst als preußischer Ministerpräsident, ab 1871 als Reichskanzler die politische Macht fest in seiner Hand konzentriert hatte. Bismarck war nach drei siegreichen Kriegen (1864, 1866, 1870/71) und als Einiger Deutschlands zur stärksten kontinentaleuropäischen Macht ein weltweit respektierter Staatsmann. Wilhelm I. und Friedrich III. hatten ihm gelegentlich opponiert und am Ende stets vertraut. Von diesem Vertrauen hing allerdings nach der Reichsverfassung der Reichskanzler ab, nicht vom Vertrauen des Reichstags. Bismarck baute selbstbewusst darauf, auch den dritten Kaiser lenken zu können.

Das Jahr 1888 ging als Dreikaiserjahr in die Geschichte ein. Nach dem Tode Wilhelms I. am 9. März 1888 regierte Friedrich III. aufgrund seiner bereits fortgeschrittenen Krankheit (Kehlkopfkrebs) nur für 99 Tage (der „99-Tage-Kaiser“). Friedrich III. starb am 15. Juni in Potsdam.

An diese Konstellation hatte der 29-jährige Wilhelm II. bei seinem Amtsantritt anzuknüpfen. Er wünschte, ein Kaiser aller Deutschen zu sein.

Regentschaft und Politik

Soziale Reformen, weil die Arbeiter meine Untertanen sind, für die ich zu sorgen habe! Und wenn die Millionäre nicht nachgeben, werde ich meine Truppen zurückziehen und wenn ihre Villen erst in Flammen stehen, werden sie schon klein beigeben!“ (Wilhelm II. zu Otto von Bismarck, als er sich weigerte, Soldaten zur Niederschlagung eines Streiks im Ruhrgebiet zu schicken.)

Dieses Zitat und andere Äußerungen Wilhelms in den ersten Jahren seiner Regentschaft weckten in der Arbeiterschaft zunächst Hoffnungen auf einen sozialen Wandel im Reich.

Die Sozialpolitik lag Wilhelm II. durchaus am Herzen. Allerdings folgten seinen sozialen Reformen keine strukturellen Veränderungen im Reich. Im Gegenteil, er baute seinen politischen Einfluss noch aus und lehnte eine Demokratisierung der Verfassung ab. Preußen behielt das seit Anfang der 1850er Jahre bestehende undemokratische Dreiklassenwahlrecht, das eine repräsentative Landtagsvertretung verhinderte. Nach wie vor wurde die Regierung nicht vom Reichstag gewählt, sondern vom Kaiser ohne Berücksichtigung der parlamentarischen Verhältnisse bestimmt oder entlassen. Es war dem Kanzler aber auch nicht möglich, ohne Mehrheit im Parlament Gesetze zu erlassen oder den Haushalt zu beschließen. Das Parlament war in seiner Macht als echte Legislative nicht zu unterschätzen.

Bei alledem forderte Kaiser Wilhelm II. noch während Bismarcks Kanzlerschaft am 17. Geburtstag Friedrichs des Großen in einer Proklamation an sein Volk, mit der Devise: „Je veux être un roi des gueux“ (frz.; zu dt.: „Ich will ein König der armen Leute sein“) das Verbot der Sonntagsarbeit, der Nachtarbeit für Frauen und Kinder, der Frauenarbeit während der letzten Schwangerschaftsmonate sowie die Einschränkung der Arbeit von Kindern unter vierzehn Jahren. Außerdem forderte er bei dem zur Erneuerung anstehenden „Gesetz wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ („Sozialistengesetz“) die Streichung des Ausweisungsparagraphen, der die Polizei zur Ausweisung „gefährlicher Sozialisten“ aus ihrem Heimatort berechnete. Reichskanzler Bismarck kommentierte dies als „Humanitätsduselei“ und verweigerte sich dem in seinen Forderungen durch den Reichstag unterstützten Kaiser. Seine Forderungen konnte der junge Kaiser erst mit dem Nachfolger Bismarcks durchführen, Leo von Caprivi. Allerdings war Wilhelm II. bei allen sozialen Ambitionen so wenig ein Freund der Sozialdemokratie, wie Bismarck es gewesen war. Im Gegenteil hoffte er, durch seine Reformen die Sympathien für die trotz der Sozialistengesetze erstarkte Sozialdemokratie zu schwächen und durch die Aufhebung des repressiven Sozialistengesetzes der 1890 von SAP in SPD umbenannten Partei ihren Märtyrerbonus zu nehmen.

Die Sozialdemokraten ihrerseits ließen sich nicht von den Reformen Wilhelms II. beeindrucken und setzten unter August Bebel aus ihrem antimonarchistischen Selbstverständnis heraus weiter auf Fundamentalopposition. Obwohl sie den Fortschritt der im Arbeitsschutzgesetz zusammengefassten Reformen sahen, stimmten sie im Reichstag dagegen. Sie forderten grundlegende strukturelle Veränderungen, wie zum Beispiel eine Verfassungsänderung, Demokratisierung, ein ausgeweitetes Wahlrecht, Vorrang des Parlaments bei politischen Entscheidungen, eine Umstrukturierung des Haushalts, deutliche Senkung der Rüstungsausgaben, Freiheit für die Kolonien und anderes mehr - für den Kaiser unerfüllbare Anliegen, die seinen Hass auf die Sozialdemokratie noch steigerten.

Der Wohlstand der deutschen Arbeiterschaft stieg von Jahr zu Jahr, doch gelang es Wilhelm II. nicht, den Arbeitern in den Städten das Gefühl zu geben, anerkannte Mitglieder der Gesellschaft zu sein, was zu starken Stimmenzuwächsen der Sozialdemokraten im Reichstag und den Landtagen der Länder führte.

Diese Vorgänge ließen in Wilhelm II., der immer noch „ein König der Armen“ sein wollte, das Urteil reifen, dass eine Versöhnung mit den Sozialdemokraten nicht möglich sei. Er rief schließlich in Königsberg „zum Kampf für Religion, Sitte und Ordnung, gegen die Parteien des Umsturzes!“ auf.

Überblick der unter der Herrschaft Wilhelms II. erlassenen sozialen Reformen

- 1889: Gesetz betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni (für Arbeiter)
- 1890: Aufhebung des Sozialistengesetzes
- 1890: Gründung von 31 Versicherungsanstalten – Vorläufer der Landesversicherungsanstalten (LVA)
- 1891: Auszahlung der ersten Renten an dauernd Erwerbsunfähige und an Arbeiter über 70 Jahre
- 1891: Arbeiterschutzgesetz vom 1. Juni (23. Novelle zur Reichsgewerbeordnung) mit Frauenschutz, eingeschränkter Nachtarbeit, Sonntagsruhe und Kinderschutz
- 1891: Einführung der staatlichen Gewerbeaufsicht
- 1891: Zulassung freiwilliger Arbeiterausschüsse in Betrieben
- 1891: Verbot der Sonntagsarbeit in Industrie und Handwerk
- 1892: Novellierung des Krankenversicherungsgesetzes mit Erweiterungen der Versicherungspflicht (Ausweitung auf Familienangehörige)
- 1895: Verbot der Sonntagsarbeit für das Handelsgewerbe.
- 1899: Invalidenversicherungsgesetz
- 1901: Förderung des Arbeiterwohnungsbaus
- 1905: Arbeiterausschüsse werden in Bergbaubetrieben zur Pflicht
- 1908: Höchstarbeitszeit, keine Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche
- 1911: Reichsversicherungsordnung (RVO)

- 1911: Einführung der Hinterbliebenenrente
- 1911: Versicherungsgesetz für Angestellte
- 1911: Hausarbeitsgesetz (Regelung der Heimarbeit)
- 1916: Herabsetzung des Renteneintrittsalters für Arbeiter von 70 auf 65 Jahre
- 1916: Herabsetzung des Renteneintrittsalters für Frauen auf 60 Jahre

Entlassung Bismarcks und Antritt Caprivis

In der letzten Periode der Regierungszeit Bismarcks hatte das Deutsche Reich einer „Kanzlerdiktatur“ geglichen, dessen politische Ziele nicht die des jungen Kaisers waren. Bismarck wollte Russland als einen starken Verbündeten, Wilhelm II. vertraute auf Österreich-Ungarn. Bismarck wollte den „Kulturkampf“ gegen den politischen Katholizismus fortsetzen, der Kaiser war strikt dagegen. Bismarck wollte das Sozialistengesetz verschärfen, Wilhelm II. es abschaffen: „Ich will meine ersten Regierungsjahre nicht mit dem Blut meiner Untertanen färben!“ Als der Reichskanzler hartnäckig blieb, schickte der Kaiser am Morgen des 17. März 1890 den Chef seines Militärkabinetts, General v. Hahnke, in die Reichskanzlei: Der Kanzler solle am Nachmittag ins Schloss kommen und sein Abschiedsgesuch mitbringen. Dieses wurde ihm am nächsten Morgen aber nur durch einen Boten gebracht. Bismarcks - immer auch als Rechtfertigung und



Gegenangriff zu lesende - Darstellung betont das Entwürdigende der Maßnahme, wie auch, dass er sich im Kabinett schon vor der Entlassung sehr isoliert bzw. verraten gesehen habe, und dass sein Stellvertreter, Karl Heinrich von Boetticher, bereits in seiner Abwesenheit und ohne seine Billigung mit dem Kaiser in dessen Sinne verhandelt hatte, so dass Bismarck sich genötigt gesehen habe, eine 38 Jahre alte Kabinettsorder Wilhelms I. heranzuziehen, die es preußischen Ministern untersagte, ohne Billigung des Ministerpräsidenten mit dem Souverän zu sprechen.

Am 20. März 1890 entließ Wilhelm II. seinen „Eisernen Kanzler“. Bismarck verwand dies nie und sorgte indirekt durch vielfach lancierte Kritik an den „Hintermännern“ der wilhelminischen Politik und durch sein Memoirenwerk Gedanken und Erinnerungen für nachhaltige Kritik an Wilhelm II. (Der dritte Teil der Memoiren, in welchem Bismarck seine Entlassung darstellte, wurde in der Tat wegen extremer politischer Brisanz erst 1919 veröffentlicht, als Deutschland Republik geworden war.)

Der Rücktritt Bismarcks war somit zwar primär innenpolitisch begründet, aber langfristig gesehen vor allem außenpolitisch fatal. Aus Wien erinnerte man sofort und explizit an Bismarcks Verdienste (Brief des Kaisers Franz Joseph I.).

Als Bismarcks Nachfolger ernannte Wilhelm II. den General Leo von Caprivi (1831–1899). Caprivi wurde vom Kaiser als „Mann der rettenden Tat“ gefeiert und ob seiner Leistungen in den Grafenstand erhoben. Mit Caprivi glaubte Wilhelm II. eine anerkannte Persönlichkeit gefunden zu haben, mit der er seine geplante Politik der inneren Versöhnung sowie das Arbeitsschutzgesetz durchzusetzen hoffte.

Ein wichtiges außenpolitisches Ereignis fiel (quasi „genau passend“) in dieses Jahr des Kanzlerwechsels: Der Rückversicherungsvertrag mit Russland widersprach teilweise den Bedingungen des Dreibundpaktes mit Italien und Österreich-Ungarn. Der Kaiser war gegen ein Verletzen des letztgenannten Paktes, während Bismarck den Rückversicherungsvertrag seinerzeit für unbedingt notwendig gehalten hatte. Jetzt, 1890, ging es um seine Verlängerung. Von der Öffentlichkeit unbemerkt (es handelte sich ohnehin um einen Geheimvertrag), und von Caprivi hingenommen, wurde der auslaufende Rückversicherungsvertrag vom Deutschen Reich bewusst nicht erneuert. In Russland nahm man realistischerweise einen deutschen Kurswechsel an und begann, sich Frankreich anzunähern.

Caprivis Kanzlerzeit war durch entschiedene Englandfreundlichkeit geprägt. Er war in der Innenpolitik einer der Hauptverantwortlichen für den Wandel des Deutschen Reiches von der Agrarwirtschaft zur industriellen Exportwirtschaft. Die in diesem Zeitraum gemachten Reformen erleichterten es, dass Deutschland wenig später Großbritannien überholte und zur Weltwirtschaftsmacht Nr. 1 aufstieg. Das „Made in Germany“ errang zu dieser Zeit den Status einer Garantie für höchste Qualität.

Integrationspolitik

Die turbulente Ersetzung des alten „Deutschen Bundes“ zu einem „Deutschen Reich“ ohne die deutschen Österreicher - die Kleindeutsche Lösung - brachte einige Probleme mit sich. Die rheinländische, süddeutsche und polnische Opposition gegen die preußische Vorherrschaft stützte sich auf ein sich politisierendes katholisches Bürger-, Arbeiter- und Bauerntum. Als Partei des politischen Katholizismus formierte sich das „Zentrum“. Die Versuche Bismarcks, die katholischen Parteien in ihrer Arbeit zu behindern, führte zu Eingriffen in das Leben der Katholiken. Auch die Judenintegration, die es vorher außer in Preußen nur in wenigen anderen Staaten gab, war jung, und der merkliche soziale Aufstieg der jüdischen Bevölkerung nährte Neid und Antisemitismus in der Bevölkerung. In den östlichen Gebieten Preußens, vor allem in der Provinz Posen, gab es eine starke Unterdrückung der polnischen Minderheit, die zu Unruhen und Gefühlen der Ungerechtigkeit führte. Der Kaiser erkannte die Ernsthaftigkeit dieser Probleme und bezeichnete sie als eine seiner Hauptaufgaben.

Am besten gelang die Integrationspolitik mit den Katholiken. Sie waren durch den Bismarckschen Kulturkampf benachteiligt und an der Teilnahme am politischen Leben, sowie bei der freien Ausübung ihrer Religion gehindert worden. Schon zu seiner Prinzenzeit war Wilhelm gegen diese Praktiken und befürwortete die Beendigung des Kulturkampfes. Um die Einigkeit zwischen Protestanten und Katholiken im Reich zu verbessern, zahlte das Reich die den Opfern vorenthaltenen Gelder zurück, hob allerdings nicht alle gefassten Beschlüsse und Gesetze dieser Zeit wieder auf.

Die östlichen Provinzen Preußens (Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Schlesien) waren bis zur Vertreibung nach 1945 mehrheitlich von Deutschen bewohnt, minderheitlich von Polen, dazu regional von Kaschuben und Masuren. In der Provinz Posen (Poznan) stellten die Polen die Mehrheit. Seit der Bismarckzeit versuchte der Staat, die hier lebenden Polen zu germanisieren, was allerdings scheiterte und in offenen Protest mündete. Kaiser Wilhelm II. hob viele dieser Repressionen, die vor allem die Sprache des Unterrichts und später auch des Gottesdienstes regelten, auf und erkannte die Polen als eigenes Volk und Minderheit im Deutschen Reich an.



Eine der umstrittensten Bereiche in der Einordnung der politischen Meinung des Kaisers ist seine Beziehung zum Judentum bzw. zum Antisemitismus. Die Historiker gehen hier in den Meinungen weit auseinander, je nachdem welche Quellen sie benutzen.

Bei den Reichstagswahlen 1880 zogen zum ersten Mal mehrere antisemitische Parteien in den Reichstag ein. Mit fünf Abgeordneten bildeten sie die „Fraktion der Antisemiten“. Grund für den gestärkten Antisemitismus waren wohl die „Gründerkrise“ und die als relativ stark empfundenen wirtschaftlichen Erfolge jüdischer Unternehmer. Die Juden waren im 1871 gegründeten Deutschen Reich zum ersten Mal freie und gleiche Bürger: Die Einschränkungen, die sie, von Land zu Land unterschiedlich, teilweise zu Schutzbefohlenen eines Herrschers machten und ihnen wirtschaftliche Beschränkungen auferlegten oder ihnen bestimmte Berufsverbote erteilten, waren aufgehoben. Auch der Dienst beim Militär, in Schulen oder der Justiz stand ihnen jetzt offen.

Als Reaktion auf den Antisemitismus entstanden gesellschaftliche Gruppen, die letzterem entgegenzuwirken versuchten. So bildeten besorgte Christen den Verein zur Abwehr des Antisemitismus, dem neben Heinrich Mann auch der Historiker Theodor Mommsen beitrug.

Wilhelm II. pflegte engen und freundschaftlichen Kontakt zu vielen prominenten Juden. Zu den später von Chaim Weizmann teils anerkennend, teils verächtlich „Kaiserjuden“ genannten Politikern, Industriellen, Bankiers und Intellektuellen gehörten u.A. Albert Ballin, James Simon, Emil und Walther Rathenau, Eduard Arnhold, sowie Carl Fürstenberg.

Im Judentum entwickelten sich neben dem orthodoxen Glauben mehrere Strömungen, teilweise auch mit politischem Hintergrund.

So gab es erstens die assimilierten Juden, die sich taufen ließen und das Christentum als Erfüllung des jüdischen Messias-Glaubens akzeptierten.

Der jüdische so genannte Reform-Glaube (Reformjudentum) lehnte diese Art ab, passte sich aber in seiner Wesensart fast völlig den deutsch-christlichen Traditionen an. Er hielt Gottesdienst am Sonntag, nicht am Sabbat (Samstag), mit deutscher, nicht hebräischer Liturgie, hielt kürzere Gebete mit Orgeluntermalung und verzichtete auf traditionelle Gebetsbekleidung. Kaiser Wilhelm unterstützte diese Art der Religionsausübung sehr und finanzierte den Bau der Reform-Synagoge in der Berliner Fasanenstraße mit, an deren Einweihung er demonstrativ teilnahm.

Eine dritte aufstrebende Richtung war der Zionismus, der die Gründung eines eigenen Judenstaates vorsah. Aus Angst, den Antisemitismus zu bestärken, lehnten die Reformgläubigen auch diese, sehr radikale, ursprüngliche Form des Glaubens ab und strich jegliche Passagen über das gelobte Land aus dem Gottesdienst. Der Kaiser unternahm eine Palästina-Reise mit Theodor Herzl, dem Begründer des modernen Zionismus in Europa. Auf dieser Reise stiftete er in Jerusalem die Erlöserkirche auf dem Muristangelände. Als Erinnerung an diese Expedition wurde dem Kaiser in Haifa 1922 im Beisein des Prinzen Louis Ferdinand von Preußen ein Denkmal gesetzt.

Bei seiner Integrationspolitik kam Kaiser Wilhelm II. der Parlamentarismus im Reich entgegen. Anders als heute gab es keine Fünf-Prozent-Hürde, welche das Entsenden von Abgeordneten aus kleineren Parteien verhinderte. Die Wahl wurde in Einmannwahlkreisen mit absolutem Mehrheitswahlrecht durchgeführt. So hatten Dänen (1-2 Abgeordnete), Elsass-Lothringer (8-15 Abgeordnete) und Polen (13-20 Abgeordnete) von 1871 bis zur letzten Wahl 1912 stets ihre Fraktion im Reichstag. Juden organisierten sich nicht in einer eigenen Partei. Dies widersprach ihrem Selbstverständnis, deutsche Staatsbürger zu sein, welches durch lange Tradition besonders in Preußen sehr stark ausgeprägt war. Das Wahlsystem grenzte aber auch politische Minderheiten nicht aus. Dies sorgte dafür, dass sich auch die reichsfeindlichen Welfen, aber vor allem die Antisemiten aus der Christlichsozialen Partei und der Deutschen Reformpartei organisieren konnten. Die Zahl ihrer Abgeordneten überschritt aber nie die Zahl der Abgeordneten aus den Parteien der ethnischen Minderheiten.

Trotz dieser Unterstützung gibt es von Wilhelm II. mehrere Zitate, die einen antisemitischen Klang haben, so: „Ich denke gar nicht daran wegen der paar hundert Juden und der tausend Arbeiter den Thron zu verlassen!“ Ob er allerdings auf die Juden als Kollektiv schimpfte oder einzelne meinte, z.B. die ihn oft kritisch betrachtenden jüdisch geleiteten Zeitungskonglomerate, ist unklar. Die Verurteilung der Juden als Volk ist aber unwahrscheinlich, da er in seinem Freundeskreis nie Unterschiede zwischen Deutschen jüdischer oder christlicher Abstammung machte. Der von Antisemiten geprägte und heute noch verwendete Begriff „Kaiserjuden“ verriet allerdings große Missbilligung von Teilen der Bevölkerung an diesen Kontakten.

Wirtschaftspolitik und rüstungspolitische Prioritäten

Caprivi setzte einen weiteren von Bismarck verwehrt Wunsch Wilhelms II. durch, die progressive Einkommenssteuer, die höhere Einkommen stärker belastete: die Miquelsche Einkommensteuerreform von 1891.

Durch die industriefreundliche und exportorientierte Eindämmung des Protektionismus zog sich Caprivi die Feindschaft der im Bund der Landwirte organisierten Grundbesitzer („Ostelbier“, „Junker“) zu, der sehr eng mit der Konservativen Partei verwoben war. Die nach Abschaffung der Schutzzölle wachsenden Agrarexporte der USA bewirkten für sie einen Preisverfall. Durch die Förderung des Einsatzes von Landmaschinen konnte man die Verluste zwar teilweise auffangen, erhöhte aber die agrarprotektionistischen Ansprüche der ohnehin unterkapitalisierten und zu Investitionen genötigten Großgrundbesitzer.

1893 löste Wilhelm II. den 1890er Reichstag auf, jetzt, weil er die auch von ihm gewollte Aufrüstung des Heeres abgelehnt hatte. Im darauf folgenden Wahlkampf siegten die Befürworter der wilhelminischen Politik aus der Konservativen und Nationalliberalen Partei. Auch die von Alfred von Tirpitz propagierte Aufrüstung der Kaiserlichen Marine, im Volk populär (vgl. Matrosenanzug), wurde in der Folgezeit von Wilhelm gefördert (1895 Vollendung des heutigen Nord-Ostseekanals, Ausbau der Marinehäfen Kiel und Wilhelmshaven). In diesem Zusammenhang besetzte und pachtete das Deutsche Reich die chinesische Hafenstadt Tsingtao auf 99 Jahre. Wilhelm erkannte trotz seiner Englandfreundlichkeit nicht, dass damit die weltweite Hegemonialmacht Großbritannien aufs Äußerste beunruhigt wurde. Der anhaltende deutsche Kolonialismus – gegen den Bismarck sich noch gewehrt hatte – wurde von ihm nicht als riskant gegenüber den Großmächten England, Frankreich und Japan erkannt und eher gebilligt: 1899 erwarb das Reich die Karolinen, Marianen, Palau und Westsamoa.

Wende in den Reichskanzlerberufungen

AUßENPOLITISCHE DAUERPROBLEME

1894 wurde Caprivi entlassen. Wilhelm berief erstmals einen Nichtpreußen, den Bayern Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, der weder Führungsehrgeiz entwickeln sollte noch entwickelte: 1896 versäumte er, Wilhelm von der Krüger-Depesche abzuhalten, einem Glückwunschtelegramm an die Buren zur Abwehr des britisch inspirierten Jameson Raid, die in Großbritannien mit Empörung aufgenommen und nachhaltig als Abkehr von der englandfreundlichen Politik Caprivis gedeutet wurde.

1900 ersetzte er Hohenlohe durch Graf Bernhard von Bülow, der als Reichskanzler weder die anstehenden innenpolitischen Reformen betrieb noch die sich umgruppierenden außenpolitischen Konstellationen (in Deutschland als Einkreisungspolitik verstanden) zu meistern vermochte. Das Verhältnis zu Frankreich wurde nicht verbessert, England nun auch durch die Flottenpolitik herausgefordert und Russland auf dem Balkan nicht gegen Österreich-Ungarn unterstützt (vgl. dagegen den Rückversicherungsvertrag der Bismarck-Epoche). Wilhelm hatte allerdings bis zur Daily-Telegraph-Affäre und den Eulenburg-Prozessen Vertrauen in Bülow, der sich ihm zudem durch Schmeichelei unentbehrlich machte.

Wilhelm II. im Jahr 1905 Friedenspolitisch ergriff Wilhelm II. erst 1905 eine Initiative: Zwecks Wiederannäherung an Russland, das gerade seinen Krieg gegen Japan zu verlieren drohte, schloss er mit Nikolaus II. den Freundschaftsvertrag von Björkö. Frankreich sollte einbezogen werden. Er wurde allerdings schon 1907 von Russland für gegenstandslos erklärt, weil er mit der französisch-russischen Annäherung, die inzwischen stattgefunden hatte, nicht verträglich sei.[1] Diese Annäherung hatte sich ergeben, nachdem Wilhelm II. 1906 in der Ersten Marokkokrise durch seinen Besuch in Tanger Frankreich stark provoziert hatte. Resultat war überdies eine Verschlechterung der Beziehungen zu Japan, das bisher Preußen/Deutschland als wissenschaftlichen und militärischen Lehrmeister angesehen hatte.



1908 wurde Wilhelms Hilflosigkeit durch die Daily-Telegraph-Affäre deutlich: Er beschwerte sich in einem Interview der Zeitung über seine eigene Regierung: sie sei nicht englandfreundlich genug. Bismarck war ein Meister darin gewesen, seine Politik medial zu flankieren (vgl. die Emser Depesche 1870). Bei Wilhelm II. dagegen sollte das Interview und markige Reden die Politik ersetzen. Ein besonders eklatantes Beispiel gab der Kaiser mit der bereits am 27. Juli 1900 in Bremerhaven gehaltenen Hunnenrede. Mit dem Daily Telegraph-Interview fiel er nunmehr der Reichspolitik in den Rücken, knickte angesichts des deutschen Pressesturms ein und versprach, sich künftig zurückzuhalten. Doch nicht nur das. Er erklärte im Interview auch er würde ein guter 'Beschützer Englands' sein, würde er doch die anderen europäischen Mächte immer zurückhalten, England zu provozieren. Dies deutete England als Provokation. Es ließ sich von niemandem beschützen und empfand das Interview als Anmaßung. Dies schwächte Wilhelm, der sich nun außen-, wie auch innenpolitisch zurückhalten würde.

Inzwischen begann die Öffentliche Meinung überhaupt, den Kaiser kritisch zu sehen, und eine Kampagne schadete ihm konkret: Schon 1906 hatte der Journalist Maximilian Harden in seiner Zeitschrift Die Zukunft die Kamarilla um den Kaiser und damit das persönliche Regiment des Kaisers angegriffen. Zu besonders harten Auseinandersetzungen führte seine Enthüllung, dass Philipp von Eulenburg und Hertefeld, ein enger Freund und Berater des Kaisers, homosexuell sei und einen Meineid geleistet habe. Es folgten drei Sensationsprozesse gegen Eulenburg, die trotz „freisprechenden“ Urteils das Ansehen des Kaisers beschädigten.

1909 zerbrach der so genannte Bülowblock, in dem sich die regierungsunterstützenden linksliberalen Parteien, sowie die Nationalliberale und die Konservative Partei zusammengeschlossen hatten. Auslöser war der Versuch Bülows, das preußische Wahlrecht zu reformieren, worauf ihm die im Preußischen Landtag dominierenden Konservativen die Gefolgschaft verweigerten. Sozialdemokraten und Zentrum, die diesen Versuch in seinen Grundsätzen unterstützen, verweigerten trotzdem die Zusammenarbeit mit Bülow. Sie warfen ihm Prinzipienlosigkeit vor, da er erst kurz zuvor in Zusammenarbeit mit den Konservativen neue Repressalien gegen die Polen durchgesetzt hatte. Die Germanisierungspolitik wurde auf Betreiben Kaiser Wilhelms II. beendet. Dass Bülow nun aber, um sich die Loyalität der Konservativen Partei zusichern, die Enteignung von polnischen Gütern erleichterte, ignorierte der Kaiser zunächst, um die stabile Parlamentsmehrheit nicht zu gefährden.

Daraufhin entließ er ihn jedoch und ernannte Theobald von Bethmann Hollweg zum Reichskanzler. Er überließ ihm die Außenpolitik, die aber ihre Ziele - Wiederannäherung an England und Distanzierung von der antirussischen Balkanpolitik Österreich-Ungarns - nicht erreichte. Die antifranzösische Politik wurde 1911 in der zweiten Marokkokrise durch deutschen Interventionismus verschärft (der „Panthersprung nach Agadir“), Heer und Flotte wurden weiter verstärkt. Markante Eingriffe Wilhelms unterblieben. Der Kaiser war zwar Militarist, aber kein Bellizist, er wollte trotz seiner kriegerischen Reden im Grunde keinen Krieg. Er tat aber auch zu wenig, um dies deutlich zu machen.

Insgesamt ist Wilhelms II. Anteil an der deutschen Außenpolitik umstritten. Während John C. G. Röhl in ihm eine wirkungsmächtige Instanz hervorhebt, die in die Politik des Reiches eigenständig eingriff, sieht die Mehrzahl der Historiker wie Wolfgang Mommsen die zivile Reichsleitung im Zentrum der Verantwortung. Unbestreitbar ist, dass der Kaiser nicht als Koordinator zwischen Außen-, Heeres- und Flottenpolitik wirkte. So kam es, dass Reichskanzler, Heeres- und Marineleitung je unterschiedliche Ziele verfolgten, die miteinander nicht verträglich waren: Vor allem der Aufbau der Flotte schuf ein außenpolitisches Problem.

Erster Weltkrieg

Wilhelm II. im Kreise der deutschen Generäle 1914 in der Julikrise spielte Wilhelm II. eine ambivalente Rolle. Er wollte den Frieden retten und auf der Monarchieebene versuchte er sein Bestes, einen fieberhaften Briefwechsel mit dem russischen Kaiser (Lieber Nicky! – Lieber Willy!), der bei der nunmehr objektiven Kriegsentschlossenheit sämtlicher Kontinental-Großmächte gar nichts bewirkte. Objektiv jedoch steigerte der Kaiser die Kriegsgefahr: Denn er ermächtigte Bethmann Hollweg nach dem Attentat von Sarajewo am 28. Juni 1914, Österreich-Ungarn eine Blankovollmacht für dessen aggressive Politik gegen Serbien zu erteilen. Faktisch wurde nach der österreichisch-ungarischen Kriegserklärung an Serbien die Außenpolitik von Kaiser und Kanzler dem deutschen Generalstab überlassen: Die Mobilmachung im Russischen Reich erlaubte es nach dessen Urteil dem Deutschen Reich nicht, mit der Kriegserklärung an Russland und Frankreich länger zu warten, da sonst der deutsche Schlieffenplan, bei einem Zweifrontenkrieg erst schnell Frankreich, dann Russland zu schlagen, undurchführbar zu werden drohte. Wilhelm mischte sich in der Folge nicht in militärische Zielsetzungen ein, überließ diese aber nicht verfassungsgemäß dem Reichskabinett, sondern der Obersten Heeresleitung.



Im Verlauf des Ersten Weltkrieges 1914–1918 wurde die Bedeutung des Kaisers immer geringer. Besonders mit der 3. Obersten Heeresleitung unter Hindenburg und dem dominierenden Ludendorff wurde er 1916–1918 zunehmend von den politisch-militärischen Entscheidungen ausgeschlossen. Jedoch schob die Heeresleitung ihm 1917 die auch im Reich umstrittene Entscheidung über den „uneingeschränkten“ U-Boot-Krieg zu. Er schloss sich – gegen den Rat seines Reichskanzlers – der Meinung der Militärs an und willigte ein, was dann zur Kriegserklärung der USA führte. Diese machten später die Abdankung des Kaisers zur Bedingung für die Eröffnung von Friedensverhandlungen. Ab 1917 hatte Ludendorff eine faktisch diktatorische Position. Auf weitere Reichskanzlerwechsel nahm Wilhelm II. keinen Einfluss, die 1918er Reform der Reichsverfassung in Richtung auf eine parlamentarische Monarchie wurde ohne ihn versucht.

Durch den Hungerwinter 1917/18 und das völlige Desaster der Kriegsführung, spätestens nach der gescheiterten Frühjahrsoffensive im Westen 1918, war Wilhelm II. bei vielen im Reich unhaltbar geworden. Dazu kam die Tatsache, dass die USA sich weigerten, Friedensverhandlungen vor der Abdankung des deutschen Kaisers zu beginnen. Am 9. November 1918 gab Reichskanzler Prinz Max von Baden (1867–1929) eigenmächtig und ohne Wilhelms II. Einwilligung dessen Abdankung bekannt. Damit ging in Deutschland die Monarchie überall zu Ende. Die noch im selben Monat vom Kaiser selbst ausgesprochene Abdankung (s.u.) folgte in der Hoffnung, die Situation im Reich (s. Novemberrevolution) zu stabilisieren.

Am 10. November 1918 fuhr der Kaiser aus seinem Hauptquartier in Spa in die Niederlande und erbat (und erhielt) dort Asyl. Besonders enttäuscht war er von Hindenburg, der ihn fallen ließ. Er dankte offiziell am 28. November 1918 ab, 19 Tage nach Ausrufung der Republik, gab aber nie den Wunsch auf, wieder auf den Thron zurückzukehren.

Text der Abdankungsurkunde:

Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preussens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone. Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preussens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des Preussischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueides, den sie Mir als ihrem Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben. Ich erwarte von ihnen, dass sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reichs den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das Deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Amerongen, den 28. November 1918

Wilhelm

Zeit nach der Abdankung (Exil)

Bis 1920 lebte Wilhelm II. in Amerongen, danach bis zu seinem Tod in dem von ihm erworbenen Haus Doorn in den Niederlanden im Exil. 1921 starb seine Frau, Kaiserin Auguste Viktoria.

Am 5. November 1921 heiratete er die verwitwete Prinzessin Hermine von Schönaich-Carolath, geborene Prinzessin Reuß ä.L. (1887-1947) („Kaiserin“ in seiner Titulatur, amtlich „Prinzessin von Preußen“). Er versammelte Gelehrte zu kulturhistorischen Studien um sich (Doorner Arbeitskreis), verfasste seine Memoiren und weitere Bücher und hielt sich für die Wiederherstellung der Monarchie bereit. Unter anderem durch den Hitlerputsch 1923 sah er sich darin bestätigt, dass nur ein Monarch Ruhe und Ordnung garantieren könne.

1933 näherte er sich – auch bestärkt durch seine Frau, die im Reich umher reiste – etwas den Nationalsozialisten an, von denen er sich die Restauration des Kaiserreichs versprach, was sich trotz zweimaligen Besuchs Görings in Doorn bald als unrealistisch erwies.

Als Wilhelm II. im November 1938 von dem antijüdischen Pogrom, der „Kristallnacht“, erfuhr, äußerte er sich entsetzt, bezeichnete es als Schande und forderte jeden Deutschen auf dagegen zu protestieren. Bei der Besetzung der Niederlande 1940 ließ Hitler das Anwesen durch die Geheime Feldpolizei abriegeln.

Zum deutschen Sieg über Frankreich im Mai erhielt Adolf Hitler von Wilhelm II. am 17. Juni 1940 folgendes Glückwunschtelegramm: „Unter dem tiefergreifenden Eindruck der Waffenstreckung Frankreichs beglückwünsche ich Sie und die gesamte deutsche Wehrmacht zu dem von Gott geschenkten gewaltigen Sieg mit den Worten Kaiser Wilhelms des Großen vom Jahre 1870: 'Welche Wendung durch Gottes Fügung'. In allen deutschen Herzen erklingt der Choral von Leuthen, den die Sieger von Leuthen, des Großen Königs Soldaten, anstimmten: 'Nun danket alle Gott!'“ [2] Eine persönliche Antwort durch Hitler an "Seiner Majestät Kaiser Wilhelm II., Doorn, Holland" folgte am 24. Juni 1940.

Tod

Wilhelm II. starb am Morgen des 4. Juni 1941 im Haus Doorn nach einer Lungenembolie. Trauerfeiern im Reich wurden verboten. Die NS-Machthaber erlaubten nur einer kleinen Zahl von Personen (dem engeren Familienkreis, einigen ehemaligen Offizieren, darunter Generalfeldmarschall August von Mackensen) die Fahrt in die besetzten Niederlande zur Teilnahme an der Beisetzung. Der Kaiser hatte seine Beisetzung im engsten Kreis verfügt und Trauerreden untersagt. An der Trauerfeier nahmen Abordnungen der alten und der neuen Wehrmacht teil, die Bestattung endete auf Wunsch des Kaisers mit dem von der Wehrmacht kapelle gespielten Choral und Gebetslied des Großen Zapfenstreichs Ich bete an die Macht der Liebe. Der Kaiser wurde zunächst in einer Kapelle nahe dem Doorner Torhaus beigesetzt, wobei Potsdamer Erde auf seinen Sarg gestreut wurde. Später wurde sein Sarg in das nach seinen Zeichnungen postum erbaute Mausoleum im Park von Haus Doorn überführt. Sein von ihm selbst ausgewählter Grabspruch lautet: „Lobet mich nicht, denn ich bedarf keines Lobes; rühmet mich nicht, denn ich bedarf keines Ruhmes; richtet mich nicht, denn ich werde gerichtet werden.“ Beide Gattinnen Wilhelms II. ruhen im Antikentempel am Neuen Palais in Potsdam. Er selbst hat verfügt, dass eine Umbettung seiner Gebeine in deutsche Erde erst nach der Wiedererrichtung der Monarchie in Deutschland durchzuführen sei.

Wilhelm II. als Persönlichkeit

Das KaiserpaarEine besondere elterliche Zuwendung erfuhr Wilhelm II. nicht und dankte es mit einem bleibenden Ressentiment, besonders gegen seine Mutter, die ihn ihrerseits, folgt man ihren familiären Briefen, auch politisch sehr kritisch sah. Schmerzvoll waren die Versuche der Familie, seiner Behinderung entgegen zu wirken. Sein verkümmertes linker Arm führten zu Gleichgewichtsstörungen und Haltungsschäden, sowie häufigen Schmerzen im linken Ohr. Doch der zukünftige König von Preußen sollte ein „ganzer Mann“ und kein Krüppel sein. So wurden dem Kind verschiedene schmerzhafte Therapien zugemutet. Das beruflich oft erforderliche Reiten fiel ihm lebenslang schwer.

Die Behinderung steigerte vermutlich seine Selbstzweifel, seine Ichverfangenheit, leichte Kränkbarkeit und Sprunghaftigkeit, verminderte sein Selbstbewusstsein. Das Tragen von Uniformen und das Abstützen der linken Hand auf der Waffe waren da hilfreiche Angewohnheiten. Ob von einer ernsthaften seelischen Erkrankung oder von einer Anlage zu einer Geisteskrankheit gesprochen werden kann, ist durchaus strittig. Ein schwermütiger Zug wird ihm mitunter attestiert. Der noch heute berühmte Psychiater Emil Kraepelin bezeichnete sogar – auf Grund ferndiagnostisch zugänglicher öffentlicher Quellen – Wilhelms Gemüt als einen „typischen Fall periodischen Gestörtseins“, ein freilich bestrittenes Urteil in Richtung auf eine manisch-depressive Disposition.



Anhaltende Schwierigkeiten waren Wilhelm II. verhasst. Das begünstigte wohl auch seine sprichwörtliche Reiselust. Vor allem aber ließ er deswegen auch bewährte Freunde und Parteigänger schnell im Stich, so dass zunehmend Höflinge mit diplomatisierendem Charakter seinen Umgang ausmachten und seine Personalauswahl bestimmten (so wohl auch die Wahl Bülow's). Offiziere, unter denen er sich wohl fühlte,

erweiterten sein Urteil wenig, denn sie hatten im Zweifel die politischen Vorurteile ihrer kastenartig abgeschlossenen Berufsgruppe, und auch ihr Stil des Schwadronierens färbte auf ihn ab.

Von seiner Persönlichkeit her gesehen behinderten narzisstische Züge seine Einfühlungsgabe und sein Urteil über Andere, wie z. B. über Nikolaus II. von Russland. Er selbst sah sich als geradezu und offen, doch seine Taktlosigkeiten waren bekannt. Sie fielen seiner Mitwelt besonders bei seinem Regierungsantritt und bei Bismarcks Entlassung ins Auge, die dieser in seinen Gedanken und Erinnerungen rachsüchtig ausbreitete. Eine diese Handikaps ausbalancierende Welt- und Menschenkenntnis zu erwerben, hatte sein Werdegang ihm nicht erlaubt.

Trotz der Wesensunterschiede zu seinem altpreußisch-schlichten und im Persönlichen bemerkenswert loyalen Großvater Wilhelm I. versuchte Wilhelm II. immer, dessen Regierungsmuster zu folgen. Man kann sein anfängliches Verhältnis zu Caprivi dergestalt deuten, dass er hier ‚seinen eigenen Bismarck‘ gefunden zu haben hoffte. Zum militärischen Oberbefehlshaber ernannte er den Neffen des berühmten Generalfeldmarschalls Helmuth von Moltke („Ich will auch einen Moltke.“), der dann aber aus dem Schatten Alfred von Schlieffens nicht heraus zu treten vermochte. Allerdings wurde die Zurückhaltung seines Großvaters bei direkten politischen Eingriffen keineswegs bleibendes Merkmal des Enkels; wiederholt griff Wilhelm II. durch Personalentscheidungen und Befehle für Gesetzesvorlagen direkt in die Politik ein.

Gar nicht folgte er der öffentlichen Zurückhaltung des alten Kaisers: Selbstdarstellungseifer drängte Wilhelm II. oft repräsentativ in die Öffentlichkeit, wobei eine nicht unbeachtliche Rednergabe ihm Echo einbrachte, ihn aber auch zu politisch bedenklichen Formulierungen hinriss. Auch begünstigte dieser Übereifer sein Verhältnis zu den Massenmedien. Man kann ihn als ersten Medienmonarchen des 20. Jahrhunderts ansehen. Sein Faible für Uniformen und Orden trug zum Klischee-Bild des nach ihm benannten Wilhelminismus bei. Höhepunkt dieses Stils war die pompöse und von der Berliner Bevölkerung als Puppenallee belächelte Siegesallee im Tiergarten mit 32 Statuen der Brandenburger und Preußischen Markgrafen, Kurfürsten und Könige und weiteren 64 Nebenfiguren. In der sogenannten „Rinnsteinrede“ zur Eröffnung des Prachtboulevards am 18. Dezember 1901 verordnete Wilhelm den Stil der Bildenden Künste von oben (keine Rinnsteinkunst).

ACHILLEINON: SOMMERRESIDENZ WILHELMS II. AUF KORFU

Jaddedenkstein in der Schorfheide von 1904Für das Standbild des Askaniers Albrecht der Bär fertigte Wilhelm Kostümskizzen an.[3] Eigene Interessen entwickelte er ferner für die Archäologie, seine Korfu-Aufenthalte sind davon bestimmt. Außerdem oblag er, wie in Adelskreisen nicht unüblich, begeistert der Jagd, seine Trophäenzahl erfreute ihn (er erlegte rd. 46.000 Tiere); im Exil fällte er gerne Bäume. Bei der Jagd lernte Wilhelm auch seinen später engen Freund Philipp Graf zu Eulenburg kennen, der besonders in den Jahren 1890 bis 1898 zu seinen wichtigsten Beratern zählte.

Wilhelm liebte wie sein Bruder Heinrich das Segeln. Er segelte vor der Küste Südenglands mit seiner Yacht Meteor in prestigeträchtigen Regatten und war Stammgast bei der Kieler Woche, die er 1894 zum ersten Mal besucht hatte. Auch Automobile machten ihm Freude. Er fuhr gerne mit den neuesten Wagen und war Protektor des Kaiserlichen Automobilclubs. Auch im Exil ließ er es sich nicht nehmen, selbst am Steuer zu sitzen.

Desengagement, wenn die Dinge anders liefen, als er wollte, blieb sein Wesenszug. 1918, angesichts der Novemberrevolution, entwich er ins neutrale Ausland. Seine in Holland verfasste Autobiografie gibt sprechende Zeugnisse aus seiner Kindheit, bezeugt aber mit ihren Rechtfertigungen oder Themenvermeidungen seine Urteilsschwächen.

Das Bild Wilhelms II. in der Öffentlichkeit

Wilhelm II. in der Tradition des Hauses HohenzollernWilhelm II. war zunächst sehr populär. Die weniger geschätzten Züge einer Reichseinigung „von oben“ mit Bewahrung alter Machtstrukturen fand in der Kaiserverehrung einen willkommenen Ausgleich. Die weithin monarchistisch gesinnte Presse nahm dies auf, man fand für ihn die Bezeichnungen „Arbeiterkaiser“ und „Friedenskaiser“ (dies geht u. a. auf den Vorschlag von Emanuel Nobel von 1912 zurück, Kaiser Wilhelm II. den von Alfred Nobel gestifteten Friedensnobelpreis zuzusprechen, damals hatte das Deutsche Reich unter seinem Kaisertum 24 Jahre Frieden gehalten). Doch wurde er andererseits auch als bedrohlich empfunden (vgl. Ludwig Quiddes als Kritik an Wilhelm II. aufgefasste und vielrezipierte 1894er Studie Caligula zum "Cäsarenwahnsinn") oder aber verspottet: „Der erste war der greise Kaiser, der zweite war der weise Kaiser, der dritte ist der Reisekaiser.“ Auch in der Bezeichnung „Redekaiser“ steckte Kritik. Über seine vielen verschiedenen Uniformen wurden Witze

gemacht: „Majestät, im Badezimmer ist ein Rohr geplatzt.“ – „Bringen Sie die Admiralsuniform.“ („Simplicissimus“)

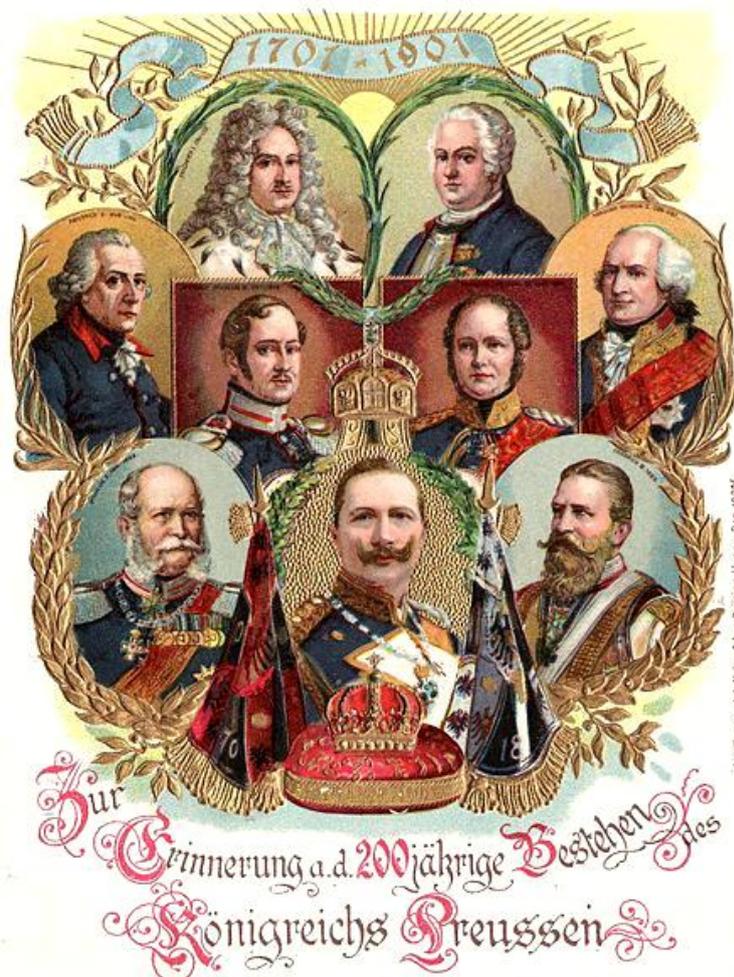
Von den ihn kritisierenden Demokraten, Sozialisten, Katholiken, auch den kritischen Minderheiten (von 1864 her die Dänen, seit 1866 die Hannoveraner, seit 1871 die Elsass-Lothringer, dauerhaft die Polen) wurde ihm zunächst das die öffentliche Meinung beherrschende Bürgertum am gefährlichsten. Bei vielen Schriftstellern war er nicht angesehen, der ironische Thomas Mann war in seinem Roman Königliche Hoheit noch am mildesten mit einem behinderten und etwas einfältigen Dynasten umgegangen. Direkte Kritik verbot der Paragraph zur „Majestätsbeleidigung“ im Strafgesetzbuch, aber die Witze über ihn wurden immer beißender. Man vergleiche nur das viel positivere Kaiserbild des Kaisers Franz Joseph in Österreich-Ungarn.

Nach seinem Entschluss, 1918 nicht an der Spitze seiner Truppe zu fallen, sondern ins Exil zu gehen, wurde ihm auch Feigheit vorgeworfen. Bei vielen verschob sich die Meinung hin zu Verachtung. Dennoch blieb durch die Jahre der Weimarer Republik hindurch der monarchistische Flügel stark. Doch Wilhelms Hoffnungen auf eine Rückkehr als Monarch zerschlugen sich nach der Präsidentenwahl Hindenburgs 1925 und noch einmal nach Hitlers Machtantritt 1933. Hindenburg nahm seinen Eid auf die Republik ernst, Hitler seine „Führer“-Diktatur.

Familie

Wilhelm heiratete 1881 Prinzessin Auguste Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg. Sie hatten sieben Kinder.

Nach dem Tod seiner ersten Frau heiratete er 1922 die verwitwete Prinzessin Hermine von Schönaich-Carolath, geborene Prinzessin Reuß ä.L. (1887-1947) („Kaiserin“ in seiner Titulatur, amtlich „Prinzessin von Preußen“).



Ahnentafel

Ahnentafel Wilhelm II. (Deutsches Reich)

Urgroßeltern	König Friedrich Wilhelm II. (Preußen) (1744– 1797) ∞ 1769 Friederike von Hessen- Darmstadt (1751– 1805)	Großherzog Karl II. (Mecklenburg- Strelitz) (1741– 1816) ∞ 1768 Friederike Caroline Luise von Hessen- Darmstadt (1752–1782)	Großherzog Carl August (Sachsen- Weimar- Eisenach) (1757–1828) ∞ 1775 Luise von Hessen- Darmstadt (1757–1830)	Zar Paul (Russland) (1754–1801) ∞ 1776 Sophia Dorothea Augusta Luisa von Württemberg (1759–1828)	Herzog August (Sachsen- Gotha- Altenburg) (1772–1822) ∞ 1797 Luise Charlotte von Mecklenburg- Schwerin (1779–1801)	Herzog Franz (Sachsen- Coburg- Saalfeld) (1750– 1806) ∞ 1777 Auguste von Reuß- Ebersdorf (1757– 1831)	König Georg III. (Vereinigtes Königreich) (1738–1820) ∞ 1761 Sophie Charlotte von Mecklenburg- Strelitz (1744– 1818)
	Urgroßeltern	König Friedrich Wilhelm III. (Preußen) (1770–1840) ∞ 1793 Luise von Mecklenburg- Strelitz (1776–1810)	Großherzog Carl Friedrich (Sachsen-Weimar- Eisenach) (1783–1853) ∞ 1804 Großfürstin Maria Pawlowna Romanowa (1786–1859)	Herzog Ernst I. (Sachsen-Coburg und Gotha) (1784– 1844) ∞ 1817 Luise von Sachsen- Gotha- Altenburg (1800–1831)	Eduard, Herzog von Kent (1767–1820) ∞ 1818 Victoria von Sachsen- Coburg- Saalfeld (1786–1861)		
Großeltern	Kaiser Wilhelm I. (Deutsches Reich) (1797–1888) ∞ 1829 Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach (1811–1890)	Prinz Albert von Sachsen-Coburg und Gotha (1819–1861) ∞ 1840 Königin Victoria (Vereinigtes Königreich) (1819–1901)					
Eltern	Kaiser Friedrich III. (Deutsches Reich) (1831–1888) ∞ 1858 Victoria von Sachsen-Coburg und Gotha (1840–1901)						

Kaiser Wilhelm II. (Deutsches Reich) (1859–1941)

Söhne und Töchter

- Friedrich Wilhelm Victor August Ernst (1882-1951) ? 1905 Herzogin Cecilie zu Mecklenburg-Schwerin (1886-1954)
- Wilhelm Eitel Friedrich Christian Karl (1883–1942) ? 1906-1926 Herzogin Sophie Charlotte von Oldenburg (1879-1964)
- Adalbert Ferdinand Berengar (1884–1948) ? 1914 Prinzessin Adelheid von Sachsen-Meiningen (1891-1971)
- August Wilhelm (1887–1949) ? 1908-1920 Prinzessin Alexandra von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg (1887-1957)
- Oskar Karl Gustav Adolf (1888–1958) ? 1914 Gräfin Ina Maria von Bassewitz (1888-1973)
- Joachim Franz Humbert (1890–1920, Selbstmord) ? 1916 Prinzessin Marie Auguste von Anhalt (1898-1983)
- Viktoria Luise Adelheid Mathilde Charlotte (1892–1980) ? 1913 Herzog Ernst August von Braunschweig-Lüneburg (1887-1953)

Akademische Titel (alphabetisch nach Hochschulen)

- Dr. iur. utr. h.c. der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin
- Dr.-Ing. E.h. der Polytechnischen Hochschule in Berlin
- Ehrendoktor der Wissenschaften der Universität Klausenburg
- Dr. of Civil Law der Universität Oxford
- Ehrendoktor der Rechte der Universität von Pennsylvania
- Ehrendoktor der Medizin der Karls-Universität Prag

Militärische Laufbahn

- 27. Januar 1869: Leutnant im 1. Garderegiment zu Fuß und à la suite des 1. Batl. (Berlin) des 2. Garde-Landwehr-Regiments.
- 22. März 1876: Oberleutnant
- 22. März 1880: Hauptmann
- 16. Oktober 1881: Major
- 16. September 1885: Oberst und Kommandeur des Garde-Husaren-Regiments
- 27. Januar 1888: Generalmajor und Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Brigade
- 15. Juni 1888: Oberster Kriegsherr des deutschen Heeres und Chef der Marine, Chef des 1. Garde-Regiments zu Fuß, des Regiments der Garde du Corps, des Leib-Garde-Husaren-Regiments
- 13. September 1889: Chef des Königs-Ulanen-Regiment (1. hannoversches) Nr. 13

Chefstellen und andere Ehrenränge

Hier geht es um den Rang des Chefs (in Bayern: Inhaber) von Truppenteilen, dessen Namen diese dann auch oftmals trugen (das militärische Kommando liegt nicht beim „Chef“, sondern bei dem jeweiligen „Kommandeur“). Die Generals- und Admirals-Titel sind ebenfalls als Ehrenränge zu verstehen.

Deutschland

- Chef des 1. Garde-Regiments zu Fuß
- Regiments der Gardes du Corps
- Leib-Garde-Husaren-Regiments
- Königs-Ulanen-Regiments (1. Hannoversches) Nr. 13

- Königs-Infanterie-Regiments (6. Lothringisches) Nr. 145
- Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm I. (2. Ostpreußisches) Nr. 3
- Regiments Königs-Jäger zu Pferde Nr. 1
- Leib-Kürassier-Regiments Großer Kurfürst (Schlesisches) Nr. 1
- Leib-Husaren-Regiments Nr. 1
- Leib-Husaren-Regiments Königin Viktoria von Preußen Nr. 2
- Leib-Grenadier-Regiments Friedrich Wilhelm III. (1. Brandenburgisches) Nr. 8
- Badischen Grenadier-Regiments Kaiser Wilhelm I. Nr. 110
- Infanterie-Regiments Kaiser Wilhelm (2. Großherzoglich Hessisches) Nr. 116
- Königlich Sächsischen 2. Grenadier-Regiments Kaiser Wilhelm Nr. 101
- Königlich Württembergischen Infanterie-Regiments Nr. 120
- Königlich Württembergischen Dragoner-Regiments Königin Olga (1. Württembergisches) Nr. 25
- 2. westfälisches Husaren-Regiment No.11 (ab 04.06.1906 in Crefeld (Krefeld) stationiert) (siehe auch Tanzhusaren)
- Inhaber des Königlich Bayerisches Ulanen-Regiment „Kaiser Wilhelm II., König von Preußen“
- Königlich Bayerischen 6. Infanterie-Regiments Kaiser Wilhelm, König von Preußen

Ausland

- Inhaber des K.u.k. Infanterie-Regiments Nr. 34 (Österreich-Ungarn)
- K.u.k. Husaren-Regiments Nr. 7 (Österreich-Ungarn)
- Chef des Kaiserlich Russischen St. Petersburger Leib-Garde-Grenadier-Regiments 'König Friedrich Wilhelm III.'
- 85. Infanterie-Regiments „Wyborg“, (Russland)
- 13. Husaren-Regiments „Narva“ (Russland)
- Königlich Großbritannienischen 1. Dragoner-Regiments
- Ehrenoberst des Königlich Portugiesischen 4. Reiter-Regiments
- Königlich Spanischen Dragoner-Regiments „Numancia“
- Kaiserlich Osmanischer Feldmarschall
- Feldmarschall der Kaiserlich-Königlichen Armee Österreich-Ungarns
- Königlich Großbritannienischer Feldmarschall
- Königlich Großbritannienischer Ehrenadmiral der Flotte
- Königlich schwedischer Flaggenadmiral
- Königlich norwegischer Ehrenadmiral
- Königlich dänischer Ehrenadmiral
- Admiral der Kaiserlich russischen Flotte
- Ehrenadmiral der Kgl. griechischen Flotte

Sonstige (nichtmilitärische) Ränge und Orden

- Neuntes Oberhaupt und neunter Souverän und Meister des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler
- Protektor des Johanniterordens
- Ehrenbailli und Großkreuz des Souveränen Malteserordens
- Ritter des Hosenbandordens (Vereinigtes Königreich)(nachträglich aberkannt)
- Ritter des St.Andreasordens (Russland)
- Ritter des Annunziaten-Ordens (Italien)
- Ritter des Elefantenordens (Dänemark)
- Ritter des Seraphinenordens (Schweden)
- Ritter des Löwen-Ordens (Norwegen)
- Ritter des Ordens vom Goldenen Vlies (Spanien)
- Ritter des St.-Hubertus-Ordens (Bayern)
- Tupu Sili von Samoa[4]

Literaturangaben und Links

Eintrag (mit Literaturangaben) im Biographisch-Bibliographischen Kirchenlexikon (BBKL)

Wilhelm II. – Deutschlands letzter Kaiser

Lebendiges Museum online: Wilhelm II. (Deutsches Historisches Museum, Berlin)

Preußen-Chronik (Website zu einer Sendereihe der ARD im „Preußenjahr“ 2001 über Kaiser Wilhelm II.)

Wilhelm II. (Preussen.de)

Friedrich August Henn: „Meine Erinnerungen an Wilhelm II. im Exil in Doorn“ (Ein Zeitzeuge, ehemals Hofpfarrer in Doorn, berichtet)

Über Wilhelm II. (Universität Gießen; mit umfangreicher Sammlung zur Geschichte der Sozialversicherung)

Website des Kaiser-Wilhelm-Kuratorium

Haus Doorn in den Niederlanden

Mausoleum Wilhelm II in Doorn

Literatur von und über Wilhelm II. (Deutsches Reich) im Katalog der Deutschen Nationalbibliothek

Vorgänger	Amt	Nachfolger
Friedrich III.	Deutscher Kaiser 1888-1918 König von Preußen 1888-1918	Monarchie abgeschafft Republik ausgerufen
Friedrich III. als Deutscher Kaiser	Deutsches Staatsoberhaupt als Deutscher Kaiser 1888-1918	Friedrich Ebert als Reichspräsident
Friedrich III.	Oberhaupt des Hauses Hohenzollern 1888-1941	Wilhelm von Preußen

Personendaten

NAME Wilhelm II.

ALTERNATIVNAMEN Friedrich Wilhelm Albert Victor Prinz von Hohenzollern (Geburtsname)

KURZBESCHREIBUNG letzter Deutscher Kaiser und letzter König von Preußen

GEBURTSDATUM 27. Januar 1859

GEBURTSORT Potsdam

STERBEDATUM 4. Juni 1941

STERBEORT Doorn, Niederlande

Quelle: <http://de.wikipedia.org/>